



Der Preis der Intifada

Die seit dem September 2000 tobende 2. Intifada hat viele Opfer gefordert. Die Vision eines Neuen Nahen Ostens, in dem Israelis, Palästinenser sowie die Bewohner der arabischen Nachbarstaaten in friedlicher Koexistenz leben und gemeinsam einen prosperierenden Wirtschaftsraum aufbauen, ist nur eines davon. In den Jahren 2001 und 2002 rutschte Israel in die wohl tiefste wirtschaftliche Rezession seit seiner Gründung im Jahre 1948. Zweimal in Folge wies die Wachstumsrate ein Minus aus und auch für das Jahr 2003 scheint keine Besserung in Sicht. Seit 1953, dem einzigen Jahr in der Geschichte Israels mit einer negativen Wachstumsbilanz, hat es so etwas noch nicht gegeben. Der weltweite Konjunkturrückgang und die Hightech-Krise haben Israel natürlich mit in den Strudel gerissen. Doch dass die Talfahrt der israelischen Wirtschaft in so kurzer Zeit derart rasant einsetzte, dafür ist in allererster Linie die 2. Intifada verantwortlich. Denn die Bekämpfung des Terrors hat ihren Preis: Reservisten werden regelmässig weg von ihren Arbeitsplätzen zum Einsatz beim Militär gerufen. Im Staatshaushalt klaffen immer grössere Löcher, weil die schlechte Wirtschaftslage und das Fernbleiben vieler Arbeitnehmer vom Job zu weniger Steuereinnahmen führen, während gleichzeitig höhere finanzielle Aufwendungen für die Sicherheit der Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Diese Gelder fehlen in den Bereichen Infrastruktur und Bildung, wodurch sich wiederum langfristig die Chancen des Wirtschaftsstandorts Israel verschlechtert. Ausländische Investoren werden aufgrund der unsicheren politischen Lage abgeschreckt, denn wer möchte schon Geld in ein Land stecken, das er sich aus Furcht vor Terror nicht traut, selbst zu besuchen. Und während die Israelis voller Schrecken mit ansehen müssen, wie ihr noch in den neunziger Jahren viel gepriesenes „Silicon Wadi“ rapide an Glanz verliert, versinken die Palästinensischen Autonomiegebiete dank eines tödlichen Gemischs aus politischer Krise, Gewalt, Vetternwirtschaft und Korruption im wirtschaftlichen Nirwana.

Tatsachen

Die Wirtschaftsbilanz nach über zwei Jahren Intifada

Wie schnell sich die Zeiten doch ändern: Noch im Sommer des Jahres 2000 galt Israel als Hightech-Mekka und Vorzeigeland der New Economy. Der israelischen Volkswirtschaft ging es so gut wie noch nie zuvor. Israel erntete die Dividende des Friedensprozesses in Form von Rekordinvestitionen in seine aufstrebende Wirtschaft und berauschte sich an den Erträgen einer blühenden Start-up Industrie. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 betrug die Zuwachsraten zwischen satten acht und neun Prozent. Und die Israelis genossen ihren neuen Reichtum - >shop 'till you drop< lautete die neue Devise. Selbst als im April 2000 weltweit die New Economy-Blase platzte und ein Dotcom-Unternehmen nach dem anderen den Bach runterging, blieb man in Israel noch relativ gelassen. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum für das Jahr 2001 wurde auf sechs, dann auf knapp unter fünf Prozent nach unten korrigiert – angesichts der globalen Konjunkturflaute sehr respektable Werte. Doch dann brach im September 2000 die 2. Intifada aus und riss die israelische Wirtschaft vollends mit sich in den Abgrund. Die Prognosen von einst lösen heute allenfalls nostalgische Gefühle aus, denn die Zahlen sprechen eine deutlich andere Sprache. Während das Bruttosozialprodukt laut [Deutsche Bank Research](#) im Jahre 2000 noch um 6,2 Prozent zulegen, sank es im Jahr 2001 um 0,6 Prozent bzw. im Jahr 2002 um ein Prozent. Und weil Israel ein überdurchschnittlich hohes Bevölkerungswachstum von über zwei Prozent pro Jahr aufweist, muss die Wirtschaft entsprechend mithalten und zulegen. Selbst ein Plus des Bruttosozialproduktes von zwei Prozent gilt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sonst als Rezession. Die lahrende Weltwirtschaft, die Intifada und Israels Krieg gegen den Terror lösten jedoch eine desaströse Kettenreaktion aus, wobei wie bei einem Dominospiel eine Branche nach der anderen in die Krise stürzte.

Die Tourismusindustrie – Das erste Opfer der Intifada

Das erste Opfer der 2. Intifada wurde der Tourismus, neben der Hightech-Industrie und der Landwirtschaft eine der tragenden Säulen der israelischen Wirtschaft. Schon im Jahre 2001 brachen die Umsätze um 47 Prozent ein. Nur noch 1,2 Millionen Touristen besuchten das Land, im Jahr davor waren es 2,4 Millionen – ein Minus von ca. 50 Prozent. 2002 verschärfte sich die Krise weiter. Laut dem [Central Bureau of Statistics](#) fiel die Zahl der Besucher auf 862.300, die geringste Zahl seit 1982 - dem Jahr, als der Libanonkrieg stattfand. Das heisst, dass nur noch knapp 70.000 Touristen pro Monat Israel kamen. Im Vergleich: Im ersten Halbjahr 2000 waren es durchschnittlich noch

200.000 Touristen pro Monat. Und das vor der Tatsache, dass die Region Naher und Mittlerer Osten im Jahre 2002 laut [„World Tourism Organisation“](#) mit 10,6 Prozent die höchste Zuwachsrate weltweit in Sachen Tourismus verbuchte. Insgesamt machte die Branche in Israel rund 4 Milliarden Dollar Verlust und dem Staat entgingen mehrere hundert Millionen Dollar an Steuereinnahmen. Selbst am Toten Meer, einer Region, die vom Terror absolut verschont geblieben ist, sank die Zahl der Buchungen von 419.000 im Jahr 2000 auf unter 70.000 für das gesamte Jahr 2002. Ähnliches ist für Eilat zu berichten, wo es ebenfalls noch nie einen Anschlag gegeben hat. Die Folgen: Von Januar 2001 bis einschliesslich August 2002 schlossen 52 Hotels ihre Pforten, rund 60.000 Angestellte aus der Tourismusbranche verloren ihren Arbeitsplatz. Das zweite Opfer wurde die Bauwirtschaft. Wurden im Jahre 2000 noch rund 46.000 neue Gebäude erstellt, so wurden im Folgejahr nur noch rund 31.000 neue Bauten registriert– ein Minus von 31 Prozent. Pleiten und Massenentlassungen auch hier. Die Gesamtinvestitionen im Baubereich gingen im selben Zeitraum um 16 Prozent zurück und die Zahl der Immobilienverkäufe schrumpfte um 12 Prozent.

Die Wirtschaft zahlt einen hohen Preis

Das Volumen der Auslandsinvestitionen sank laut Bank of Israel von 11,1 Milliarden im Boomjahr 2000 auf 4,2 Milliarden Dollar im Jahr 2001 und nur noch 2,6 Milliarden Dollar im Jahr 2002. Die weltweite Krise im Technologiebereich, die Israel aufgrund seiner überdurchschnittlich hohen Abhängigkeit in Sachen Hightech – 15 Prozent des Bruttosozialproduktes werden durch die Informationstechnologiebranche erwirtschaftet - natürlich besonders hart traf, kann aber nur bedingt als Grund für diese Zahlen herhalten. Primär nennen alle Ökonomen die Sicherheitssituation als Ursache. Konfliktbedingt reduzierte sich auch der Absatz von israelischen Produkten in den Palästinensischen Autonomiegebieten um knapp die Hälfte: Von ehemals 2,5 Milliarden Dollar pro Jahr vor dem Ausbruch der 2. Intifada auf wenig mehr als 1 Milliarde Dollar. Und auch der private Konsum brach gewaltig ein: Stieg dieser im Jahr 2000 noch um 4 Prozent, so ging er im Folgejahr um 0,6 Prozent zurück. Beispielsweise wurden im Jahre 2001 rund 10,5 Prozent weniger neue Autos gekauft, ein Trend, der sich in den ersten Monaten des Jahres 2002 um weitere 35 Prozentpunkte verschlechterte. Die Serie der Selbstmordanschläge hat dazu geführt, dass sich Israels Bürger davor fürchten, an Orten aufzuhalten, wo viele Menschen verkehren. Die Geschäfte in den Einkaufszentren melden katastrophale Umsatzeinbrüche bei gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen für die Sicherheit. 20.000 Einzelhändler meldeten deshalb im Jahr 2002 Konkurs an.

Aber nirgendwo lässt sich der Preis der Intifada, den die Israelis zahlen müssen, besser ablesen, als an der Entwicklung des Bruttosozialprodukts, dem Wert aller in Israel produzierten Waren und Dienstleistungen. Laut [Deutsche Bank Research](#) betrug dieses im Jahr 2000 rund 111 Milliarden Dollar. 2001 sank es auf 108 Milliarden Dollar und 2002 auf 100 Milliarden Dollar. Ein weiteres Absinken unterhalb der 100 Milliarden Dollar-Schwelle wird für das Jahr 2003 erwartet. Parallel dazu verringerte sich das pro Kopf-Bruttosozialprodukt, der Beitrag zum Wirtschaftswachstum durch jeden Einwohner Israels, von 17.457 Dollar im Jahr 2000 auf 16.481 Dollar im Folgejahr und 14.867 Dollar im Jahr 2002. Der Grund: Jeder [Monat](#), den die Intifada andauert, kostet das Land im Schnitt rund 170 Millionen Dollar zusätzlich, einschliesslich der direkten und indirekten Ausgaben sowie der geschätzten Verluste für die Wirtschaft. Vom Monat September im Jahr 2000, dem Zeitpunkt, an dem die 2. Intifada begann, bis zum Ende des Jahres 2002 beläuft sich der Gesamtschaden den unterschiedlichen Schätzungen zufolge auf rund 8,5 bis 10 Milliarden Dollar.

Die sozialen Folgen

Laut [Central Bureau of Statistics](#) sank im Jahr 2002 das Bruttodurchschnittseinkommen der Israelis um rund 5,6 Prozent auf 7.108 Schekel im Monat. Viele müssen deshalb auf ihr Ersparnis zurückgreifen, um sich über Wasser zu halten. Die Folgen dieses Rückgriffs auf die finanziellen Reserven werden sich für zahlreiche Israelis noch in Jahren spürbar sein.

Gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2001 um 40.000 auf rund 260.000 Personen insgesamt, so dass die Arbeitslosenquote von 10 Prozent überschritten wurde und gegen Ende des Jahres 2002 rund 10,5 Prozent ausmachte. Für das laufende Jahr rechnet die Bank of Israel gar mit mehr als 300.000 Erwerbslosen und einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 11,7 bis 12 Prozent. Laut Arbeits- und Sozialministerium betrug im November 2002 die Zahl derer, die in Israel unter die Armutsgrenze fielen, das heisst konkret weniger als 580 Dollar Monatseinkommen bei einem Zweipersonenhaushalt und 1.240 Dollar bei einer sechsköpfigen Familie zur Verfügung haben, auf rund 1,17 Millionen anwuchs. Das sind ca. 19,6 Prozent der Gesamtbevölkerung Israel. Und nach den von Finanzminister Benjamin Netanyahu im Frühjahr 2003 eingebrachten erneuten Kürzungen im Sozialbereich wird diese Zahl auf 1,37 Millionen bzw. 23,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ansteigen. Insbesondere Jerusalem hat sich zu so etwas wie die [Hauptstadt der Armen](#) entwickelt. Rund 22 Prozent aller sozial Schwachen in Israel leben hier. Zwei grosse Bevölkerungsgruppen kosten die Stadt weitaus mehr als sie einnimmt: die orthodoxen Juden und die

arabische Bevölkerung. Für beide Gruppen sind überdurchschnittlich viele Kinder und oft nur eine erwerbstätige Person pro Familie typisch. Die durch die 2. Intifada ausgelöste Krise hat diese Entwicklung rapide beschleunigt. Weil beispielsweise die Hotelbuchungen in den ersten 27 Monaten der Auseinandersetzungen im Westteil der Stadt um 82 Prozent und im Ostteil um 57 Prozent gesunken sind und selbst die Zahl der Museumsbesuche von ehemals 4 Millionen im Jahr 1999 auf unter 1,6 Millionen abstürzte, hat der Arbeitsplatzverlust in allen Bereichen touristischer Dienstleistungen - immerhin eine der wichtigsten Geldquellen der Stadt - dramatische Verhältnisse angenommen. Gegen Ende des Jahres 2002 betrug die Armutsrate in Jerusalem fast 40 Prozent.

Das Leben in Zeiten des Terrors: Stress, Depressionen und die Folgen

Die ständige Bedrohung durch die Intifada bleibt nicht ohne Folgen auf den Gemütszustand der Menschen. Laut einer [Studie](#) der Universität Tel Aviv leiden neun Prozent aller Israelis unter ausgeprägten posttraumatischen Belastungsstörungen wie ständig erhöhte Alarmbereitschaft oder allgemeine Verzweiflung. Die Geschichten über die Opfer von Terror und Gewalt, insbesondere solche, bei denen Kinder verletzt oder getötet wurden, bringt viele Menschen aus der Fassung. Über 60 Prozent berichten über Gefühle der Depression und tiefer Traurigkeit. Darüber hinaus wird die Situation für Kinder in Israel immer problematischer. Kindergärten und Schulen stehen unter verschärfter Bewachung aus Angst vor Terroranschlägen, öffentliche Sportveranstaltungen oder Verkehrsmittel gemieden. Auch dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Psyche, Experten berichten zunehmend von Stresssymptomen und Gewaltausbrüchen bei Kindern und Jugendlichen.

Und: Intifada und Wirtschaftskrise motivieren zahlreiche, überwiegend gut ausgebildete und junge Israelis zur Auswanderung. Wie viele Israelis es nun genau dauerhaft ins Ausland zieht, lässt sich nicht feststellen. Die Anfragen nach Visen in der US-Botschaft sind jedenfalls um 20 Prozent gestiegen, seitdem die Unruhen im Herbst des Jahres 2000 begannen. Die diplomatischen Vertretungen europäischer Länder verzeichnen im Durchschnitt doppelt so viel Anfragen nach Zweitpässen. Schon heute haben mehr als 300.000 Israelis einen EU-Pass, mindestens [70.000](#) davon einen deutschen. Nach der Osterweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 können knapp eine Millionen weitere aufgrund ihrer Herkunft einen solchen beantragen. Gleichzeitig ist die Zahl der Neuankömmlinge aus der ehemaligen Sowjetunion gesunken, die Zahl der Einwanderer aus dem rezessionsgeplagten Argentinien dagegen sprunghaft angestiegen.

Die Kosten der Militäreinsätze

Im Jahre 2000 kostete der Einsatz von Reservisten das [National Insurance Institute](#) rund 600 Millionen Dollar. Dieser Betrag musste vom israelischen Staat als Kompensation für die durch den Militärdienst ausgefallenen Gehälter der Reservisten geleistet werden. In den Jahren 2001 und 2002 dürften die Ausgaben dafür deutlich höher ausgefallen sein, da bedingt durch die militärischen Operationen „[Defensive Shield](#)“ und „[Determined Path](#)“ die Anzahl der einberufenen Reservisten und die geleistete Dienstzeit gegenüber den Vorjahren um knapp 50 Prozent angestiegen ist. Allein für die Operation „Defensive Shield“, die mit Kosten von rund [einer Milliarde Dollar](#) zu veranschlagen ist, wurden 30.000 Männer aus dem Zivilleben gerissen und mussten ihre Uniformen anziehen. Sie fielen deshalb temporär als erwerbstätige und damit Steuern zahlende bzw. Sachwerte und Gewinne produzierende Personen aus dem Wirtschaftsleben aus. Ihre Einberufung kostete den Staat über zwei Millionen Dollar pro Tag an zusätzlichen Ausgaben, während ihr Fernbleiben vom Arbeitsplatz bei der Wirtschaft mit weiteren zwei Millionen Dollar pro Tag an Verlusten zu Buche schlug. Ferner musste das [National Insurance Institute](#) im Jahre 2001 über [50 Millionen Dollar](#) für direkte Leistungen an Terroropfer aufbringen. Auch diese Ausgaben stiegen angesichts immer höherer Opferzahlen im Folgejahr um mehrere Millionen Dollar. Doch dies ist nur ein Teil der Rechnung: Die Tatsache, dass Mitarbeiter selbst in wirtschaftlichen Schlüsselfunktionen in der Regel bis zum 45. Lebensjahr, aber gelegentlich auch darüber hinaus, ohne lange Vorwarnung für 37 Tage zum Reservedienst einberufen werden können, schreckt ausländische Investoren davon ab, in unruhigen Zeiten ihr Kapital in Israel zu investieren und damit dort Arbeitsplätze zu sichern oder gar neu zu schaffen. Und durch die rein betriebswirtschaftliche Brille betrachtet, unterliegen israelische Angestellte zusätzlich der Gefahr, dass sie während ihres vermehrt zu leistenden Reservedienstes physischen und psychischen Grenzsituationen ausgesetzt werden, die anschliessend ihre Leistungskraft in einem Unternehmen schmälern oder die sie gänzlich für das Arbeitsleben unbrauchbar machen. Noch grösser gestalten sich die Risiken für israelische Freiberufler und Unternehmer. Selbst wichtigste Geschäftstermine können nicht wahrgenommen werden, wenn plötzlich die Uniform angezogen werden muss, Lieferfristen werden nicht eingehalten, betriebswirtschaftliche Planungen geraten durcheinander. Dazu kommen noch die finanziellen Belastungen im Falle einer Verwundung und der damit verbundenen zeitlich begrenzten oder schlimmstenfalls dauerhaften Arbeitsunfähigkeit. Drei Monate dauert es in der Regel, bis beispielsweise die Zahlungen durch die staatlichen Versicherungsträger eintreffen, wenn ein Reservist verwundet wurde – für

Selbständige kann dies zu unangenehmen finanziellen Engpässen führen. Einige haben deshalb vor israelischen Gerichten Klagen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde eingereicht. Es handelt sich dabei um Israelis, die bei Terrorangriffen der Palästinenser verletzt worden sind, und von israelischen Unternehmen, deren in die Palästinensischen Autonomiegebiete gelieferten Waren nie bezahlt worden sind.

Die Folgen für den Staatshaushalt

Bereits im Mai 2001, nur wenige Monate nach dem Ausbruch der Unruhen, geriet aufgrund der durch die 2. Intifada verursachten Kosten sowie der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der israelische Staatshaushalt aus den Fugen. Rund 500 Millionen Dollar mussten in den verschiedenen Ressorts gestrichen werden, um die gestiegenen Ausgaben für die Streitkräfte bezahlen zu können. Allein dem Verkehrsministerium standen plötzlich 70 Millionen Dollar weniger zur Verfügung, so dass etwa der längst fällige Ausbau der Eisenbahnverbindung zwischen Tel Aviv und Beer Sheva – ein wichtiges Infrastrukturprojekt für die Negev-Region - erst einmal auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Dies ist nur ein kleines Beispiel dafür, welche Langzeitschäden die 2. Intifada für den Wirtschaftsstandort Israel haben kann, wenn die Ausgaben zur Verbesserung der Infrastruktur, die sowieso nur magere fünf Prozent des Staatsbudgets betragen, noch weiter reduziert werden. Doch dies war nur der Anfang einer nicht enden wollende Serie an Streichungen und Haushaltsumschichtungen. Im Sommer 2002 kam dann der nächste Schock: Die Mehrwertsteuer wurde um ein Prozent auf satte 18 Prozent erhöht, das Kindergeld pauschal um vier Prozent gesenkt. Gleichzeitig verkündete die Regierung weitere Budgetkürzungen in Höhe von knapp 2,5 Milliarden Dollar. Die nächste Sparrunde in gleicher Grössenordnung erfolgte im Dezember. Und im Frühjahr 2003 gingen die Streichungen weiter. Selbst der Verteidigungshaushalt, im Haushaltsjahr 2003 ursprünglich mit etwas über acht Milliarden Dollar angesetzt, sollte um rund 200 Millionen Dollar gekürzt werden. Aber nach den Wahlen vom 28. Januar sah sich der neue Finanzminister Benjamin Netanyahu mit Forderungen nach einer Erhöhung des Wehretats konfrontiert. Laut Verteidigungsministerium seien rund eine Milliarde Dollar zusätzlich nötig, um allen Aufgaben gerecht zu werden. Angesichts dramatischer Einbussen bei den Steuereinnahmen - allein im Januar 2003 lagen diese um [17 Prozent](#) unter dem Vergleichsmonat des Vorjahres, das entspricht einem Minus von knapp 800 Millionen Dollar - und so eben publik gemachter Pläne, in den kommenden Monaten den Staatshaushalt um 11,4 Milliarden Dollar vornehmlich in den Bereichen

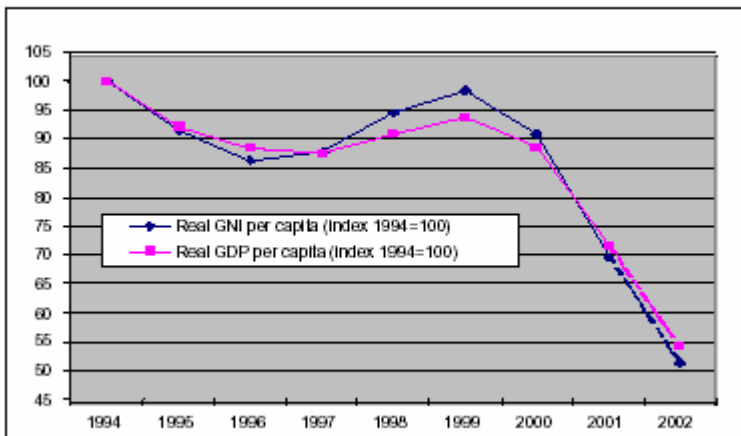
Soziales und Bildung zu entlasten, lassen sich solche Forderungen schwer vermitteln. Um 700 Millionen Dollar sollen die Ausgaben allein für die öffentliche Verwaltung abgespeckt werden. 6.000 Lehrerstellen werden gestrichen und die Gehälter der Beamten um durchschnittlich 6,5 Prozent gesenkt. Dass auch beschlossen wurde, alle Lottospieler neuerdings mit 25 Prozent Steuern auf ihre Gewinne zur Kasse zu bitten, mutet in diesem Kontext eher als ein Akt fiskaler Verzweiflung an.

Und: Aufgrund der gestiegenen Ausgaben und geringeren Einnahmen wächst Israels Staatsverschuldung laut [Deutsche Bank Research](#) kontinuierlich von 95,1 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahr 2000 auf 96,9 Prozent im Jahr 2001, 104,5 Prozent im Jahr 2002 und wird im laufenden Jahr aller Voraussicht nach bedrohliche 108,8 Prozent betragen. Aus der Wirtschaftskrise droht nun auch eine handfeste Finanzkrise zu werden. Denn wird dieser Fehlbetrag nicht reduziert, würde sich Israels Einstufung auf den internationalen Finanzmärkten weiter verschlechtern. Das könnte zu einer rapiden Abwertung der Landeswährung führen, was die konjunkturelle Schieflage nur noch verschärfen würde. Schon heute beansprucht der Schuldendienst schon acht Prozent des Bruttosozialproduktes.

Die Palästinensischen Autonomie-Gebiete - Eine Wirtschaft in Ruinen

Die Wirtschaft in den Palästinensischen Autonomiegebieten steht vor dem Kollaps. Rund zweieinhalb Jahre nach Beginn der 2. Intifada leben nach einem [Report der Weltbank](#) rund 60 Prozent der Palästinenser unterhalb der Armutsgrenze und müssen mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen. Vor dem Ausbruch der 2. Intifada waren es 21 Prozent. Etwa 50 Prozent der palästinensischen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist ohne Job. Und von denen, die Arbeit haben, steht rund ein Drittel auf den Gehaltslisten der Autonomiebehörde. Während die Auslandsinvestitionen im Jahr 1999 immerhin 1,9 Milliarden Dollar betragen, waren es 2002 nur noch magere 140 Millionen Dollar. Das Pro-Kopf Bruttosozialprodukt hat sich im selben Zeitraum mehr als halbiert. Die Lage ist katastrophal, obwohl die internationale Gemeinschaft seit der Unterzeichnung des Friedens von Oslo mehr als 6,5 Milliarden Dollar in den Haushalt der Autonomiebehörde Arafats gepumpt hat. Das sind umgerechnet 200 Dollar pro Person und Jahr und damit mehr Geld, als je ein Volk seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges erhalten hat. Die Steuereinkünfte machen monatlich lediglich 19 Millionen Dollar aus, im Jahr 2000 waren es noch 91 Millionen Dollar.

Real GNI and GDP per Capita, 1994-2002



Source: World Bank staff calculations. Data excludes East Jerusalem.

Two Years of *Intifada*, Closures and Palestinian Economic Crisis

Summary of West Bank and Gaza Estimated Macro Economic Trends and Projections

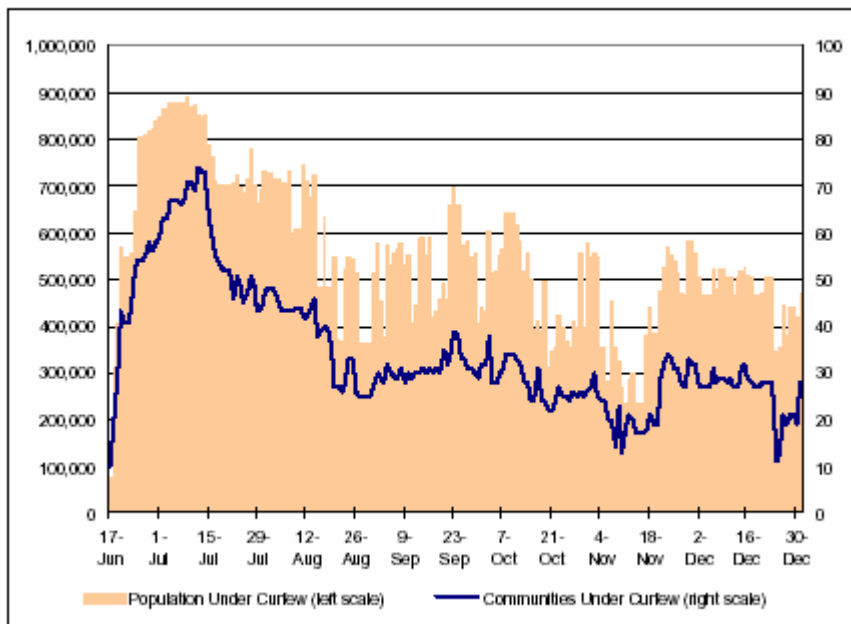
	1999	2000	2001	2002
Gross National Income (GNI), US\$ mill.	5,166	5,419	4,501	3,273
Gross Domestic Product (GDP), US\$ mill.	4,289	4,607	4,012	2,951
<i>Real annual change:</i>				
GNI per capita	3.9%	-7.5%	-23.2%	-26.4%
GDP per capita	3.1%	-5.3%	-19.5%	-25.5%
Private Consumption	7.5%	-5.6%	-15.5%	-17.0%
Public Consumption	20.3%	31.0%	-2.1%	-7.7%
Total Fixed Investment	-8.3%	-28.3%	-76.9%	-84.2%
Export	2.3%	-8.8%	-13.4%	-34.8%
Import	5.4%	-16.2%	-29.0%	-17.3%
<i>Other items</i>				
Poverty, share of population below poverty line	20.1%	30.7%	45.7%	60.0%
NIS/US\$, annual average	4.14	4.08	4.21	4.75
CPI, annual change	5.5%	2.7%	2.1%	7.6%
Population, mid-year (1,000)	2,842	2,966	3,096	3,231

Note: All data excludes East Jerusalem. Sources: World Bank Staff Estimates, PCBS.

Dass die palästinensische Wirtschaft bis dato nicht vollends kollabiert ist, dafür geben die Experten der Weltbank den engen Zusammenhalt der palästinensischen Gesellschaft als Grund an, sowie die Tatsache, dass die Palästinensische Autonomiebehörde immer noch ein Minimum an Dienstleistungen erbringen kann – dank der Verdopplung von Hilfsgeldern vornehmlich aus der arabischen Welt, der Europäischen Union und den USA auf rund 1 Milliarde Dollar jährlich. Gleichzeitig fordern die Weltbank von der Palästinensischen Autonomiebehörde tiefgreifende Reformen, um ihre internationale Glaubwürdigkeit wieder herzustellen, die angesichts einer grassierenden Korruption, mangelnder Rechtssicherheit und des Missmanagements von Hilfsgeldern arg gelitten habe.

Die Palästinenser zahlen einen hohen Preis für die Intifada. Weltbank und Vereinte Nationen machen aber vor allem die Politik Israels für die Misere verantwortlich. Zwar haben die Absperrungen und Blockaden schon vor dem Herbst des Jahres 2000 die Bewegungsfreiheit von Arbeitskräften und Waren oft stark eingeschränkt, doch nahmen diese im Verlauf der 2. Intifada Dimensionen an, die die Wirtschaft der Palästinensischen Autonomiegebiete zu strangulieren drohen. Denn über 90 Prozent der palästinensischen Exporte gehen laut [Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction](#) nach Israel. Zudem haben die Aktionen der israelischen Armee zur Zerstörung der Infrastruktur geführt, die nach Schätzungen der [Weltbank](#) allein bis zum Frühjahr 2002 ein Volumen von rund 5 Milliarden Dollar betrug. Strassen, der Flugplatz von Gaza, die Gebäude des palästinensischen Rundfunks, aber auch zahlreiche landwirtschaftlich genutzten Flächen wurden beschädigt oder vollkommen zerstört. [213 Häuser](#) wurden im Zeitraum vom Beginn der Intifada bis zum April 2003 als Vergeltung von der israelischen Armee abgerissen. Auch sind viele Kinder und Jugendliche die Leidtragenden des Konflikts. Die ständige Angst vor Gewalt von aussen bzw. der Gewalt verherrlichende Märtyrerkult beeinflusst nachhaltig ihr Verhalten und ihre Entwicklung. Zudem funktionieren [Schulen und Universitäten](#) seit dem Herbst des Jahres 2000 nur noch bedingt. Lehrpläne geraten aufgrund der immer wieder verhängten Ausgangssperren restlos durcheinander, Lehrer und Schüler können die Unterrichtsräume meist gar nicht erreichen.

The West Bank under Curfew, June 17 – December 31, 2002



Source: OCHA Humanitarian Information Center, Curfew Monitoring Database.

Im Durchschnitt fielen [36 Schultage](#) pro Jahr aus. Die Zahl derjenigen, die aufgrund der Intifada-bedingten Situation ohne jeden Schulabschluss sind, steigt laut Weltbank ständig und treibt die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe, wodurch wiederum die soziale Misere immer grösser wird. Hochschulen bleiben oft monatelang geschlossen, so dass ein regulärer Lehrbetrieb unmöglich wurde. Viele Studenten versuchen deshalb, ihr [Studium im Ausland](#) zu absolvieren. Aber nicht nur Studenten zieht es fort: In den palästinensischen Autonomiegebieten lässt sich ein verstärkter Trend beobachten, aufgrund der angespannten Sicherheitslage und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit auszuwandern. Wie bei den Israelis gibt es keine konkreten Zahlen, doch verzeichnen seit Ausbruch der Intifada einige diplomatische Vertretungen wie die von Kanada oder Australien einen Anstieg der Anfragen nach einem Visum um das Doppelte. Ebenso sind es die jüngeren und besser ausgebildeten Palästinenser, die ihr Glück im Ausland suchen, darunter überdurchschnittlich viele [Christen](#). Das Phänomen der Emigration macht sich vor allem in den Regionen Bethlehem und Ramallah bemerkbar, wo die meisten wohlhabenderen Palästinenser leben. Peinlich an der aktuellen Auswanderungswelle ist für die palästinensische Autonomiebehörde die massive Zunahme der Gesuche um politisches Asyl. Palästinenser, die im westlichen Ausland vom Asylrecht Gebrauch machen wollen, müssen beweisen, dass sie von den palästinensischen Behörden auf die eine oder andere Weise verfolgt werden.

Argumente

„Es war doch die weltweite Hightech-Krise, die in Israel in die Rezession getrieben hat und nicht die 2. Intifada.“

Israel ist aufgrund seiner überdurchschnittlich hohen Abhängigkeit von Hightech-Produkten von der weltweiten Rezession tatsächlich besonders hart getroffen. Schliesslich trägt Hightech 15 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei – ein an internationalen Massstäben gemessen einzigartiger Wert. Und auch in Israel gab es viele Stimmen, die sagen, dass es wieder aufwärts gehen wird, sobald die Weltkonjunktur sich erholt hat. Doch die Kräfte des Marktes werden sich kaum zurückmelden, so lange die Selbstmordanschläge auf israelische Zivilisten andauern und die israelische Armee in gross angelegten Militäraktionen zurückschlagen. Kein seriöser ausländischer Investor steckt sein Kapital in ein Land, das sich im Kriegszustand befindet. 11,1 Milliarden Dollar Investitionen aus aller Welt flossen im Jahr 2000 noch nach Israel, 4,2 Milliarden Dollar waren es 2001 und nur noch 2,6 Milliarden Dollar im Jahr 2002 während die Israelis selbst ihr Kapital vermehrt im Ausland investierten. Solche Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und lassen sich kaum mit der Hightech-Krise erklären, sondern sind eindeutig auf die politische Situation zurückzuführen. Auch wenn nach den Anschlägen vom 11. September überall auf der Welt die Aufwendungen für die Sicherheit und Bekämpfung des internationalen Terrorismus gestiegen sind, so lässt sich die Lage in Israel kaum mit der in anderen Industrienationen vergleichen. Wohl kein anderes westliches Land hat zur Zeit derart Probleme, Kredite auf den Finanzmärkten aufzunehmen. Welche Industrienation muss sich sonst an die USA wenden, um [Kreditgarantien](#) zu erhalten? All dies ist das Ergebnis von mehr als zwei Jahren Intifada und der damit entstandenen finanziellen Belastungen. Nur eine Wiederaufnahme des Dialoges und eine Beendigung des Kriegszustands können die wirtschaftliche Misere für Israelis und Palästinenser beenden.

„Der Preis der Intifada kann Israel doch egal sein – Die USA werden wie immer für die Kosten aufkommen.“

Israel ist nicht das einzige Land in der Region, das [finanzielle Hilfen](#) aus den USA erhält. Ägypten und Jordanien sind ebenfalls Empfänger. Doch ist es ein Fehler zu glauben, die USA würden Israel wie aktuell im Falle der gewünschten acht Milliarden Dollar Unterstützung, dieses Geld einfach so zur freien Verfügung stellen. Erstens handelt es sich bei dieser Summe um die Bereitstellung von Kreditgarantien. Das heisst, dass für den Fall, dass Israel seine auf dem internationalen Kapitalmärkten aufgenommenen Kredite nicht bedienen kann, werden die USA diese Beträge übernehmen. Zweitens sind die Kreditgarantien an die Bedingung geknüpft, dass Israel seinen Staatshaushalt saniert, was wiederum für die Bevölkerung zu sehr schmerzhaften Einsparungen in den Bereichen Soziales und Bildung führt. Ganz konkret: Eine von fünf Familien in Israel und 661.000 Kinder leben bald in Verhältnissen unterhalb der Armutsgrenze. Und die Folgen der Intifada auf die Psyche der Menschen lassen sich wohl kaum mit Hilfe von Dollars beseitigen: Laut einer [Studie](#) der Universität Tel Aviv leiden neun Prozent aller Israelis unter ausgeprägten posttraumatischen Belastungsstörungen wie ständig erhöhte Alarmbereitschaft oder allgemeine Verzweiflung. Gemäss den [ausgehandelten Regeln](#) zwischen der amerikanischen und der israelischen Regierung dürfen für den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten keine amerikanischen Kredite verwendet werden, sondern ausschliesslich zur Verbesserung der Infrastruktur im Kernland sowie zur Integration jüdischer Einwanderer.

„Israels Politik gegenüber den Palästinensern hat doch überhaupt keine Konsequenzen für seine starke Wirtschaft.“

Der Preis der Intifada lässt sich nicht immer nur mit Geld messen. Zwar schrumpfte allein im ersten Drittel des Jahres 2002 das Volumen israelischer Exporte nach Europa um 18 Prozent und betrug nur noch 2,85 Milliarden Dollar, was gewiss im Zusammenhang mit der weltweiten Konjunkturflaute, insbesondere in der Hightech-Branche, steht. Doch wenn Terror und Militäraktionen dazu führen, dass das längst vergessen geglaubte Bild von Israel als einem Militärstaat unter ständiger Belagerung fröhliche Wiederauferstehung feiert, dann zählt auch das Ansehen Israels zu den Opfern der 2. Intifada. Schon heute wird die Situation durch die zahlreichen Boykottaufrufe gegen Israel verschärft. In der Wahrnehmung vieler Europäer ist Israel zu einem Unrechtsstaat mutiert, der die Menschenrechte der Palästinenser mit Füßen tritt. Aus Protest gegen israelische Militäraktionen wurden deshalb beispielsweise

israelische Produkte aus dem Sortiment von Supermärkten in Skandinavien entfernt und [Kooperationen](#) europäischer Universitäten mit israelischen Partner-Institutionen eingestellt. Nun mag man über die israelischen Massnahmen zur Bekämpfung des Terrors geteilter Meinung sein oder über den Sinn und Unsinn von Boykottaufrufen streiten, doch ist nicht bekannt, dass aus Protest gegen die Politik der Autonomiebehörde oder wegen Selbstmordanschlägen auf israelische Zivilisten auch nur eine einzige Sanktion in Europa gegen palästinensische Produkte oder Akademiker verhängt wurde.

„Israel kann sich bequem auf ausländische Hilfe verlassen, während die Palästinensergebiete restlos im Elend versinken.“

Trotz massiver Hilfe aus dem Ausland geraten auch in Israel immer mehr Menschen aufgrund der durch die politische Situation verschärften Wirtschaftskrise ins soziale Abseits. Schon jetzt leben laut dem [Central Bureau of Statistics](#) rund 1,16 Millionen Israelis unterhalb der Armutsgrenze, eine Zahl, die nach Expertenmeinung nach den beschlossenen Haushaltskürzungen auf 1,36 Millionen anwachsen wird. 661.000 Kinder sind davon betroffen. Wenn Jerusalem schon heute den wenig schmeichelhaften Beinamen [Hauptstadt der Armen](#) erhalten hat, weil rund 40 Prozent der Bevölkerung auf irgendeine Art und Weise von sozialen Hilfsleistungen abhängig sind, dann darf die Situation in Israel als dramatisch bezeichnet werden. Suppenküchen haben überall im Lande einen nie gekannten Andrang und die Zeitungen sind voll von Berichten über Soldaten, die über das Wochenende nicht zu ihren Familien nach Hause zurückkehren wollen, um ihnen keine zusätzlichen Kosten für das Essen zu verursachen. Ohne Spenden aus dem Ausland oder sonstige Hilfen würde sich die soziale Misere noch weiter zuspitzen. Aber nicht nur in Israel wird das Elend durch ausländische Gelder abgefedert. Dass die palästinensische Wirtschaft bis dato nicht vollends kollabiert ist, dafür geben die Experten der [Weltbank](#) den engen Zusammenhalt der palästinensischen Gesellschaft als Grund an, sowie die Tatsache, dass die Palästinensische Autonomiebehörde immer noch ein Minimum an Dienstleistungen erbringen kann – dank der Verdopplung von Hilfsgeldern vornehmlich aus der arabischen Welt, der Europäischen Union und den USA auf rund 1 Milliarde Dollar jährlich. Das Resümee der Weltbank lautet: Obwohl Spenden für die Palästinensische Autonomiebehörde überlebenswichtig sind, stellen sie langfristig keine Lösung dar, denn selbst eine Milliarde Dollar mehr an Hilfsgeldern, senkt die Armutsrate allenfalls um sechs Prozent.

„Die regionale Wirtschaftsgrossmacht Israel kann sich ihre Militäraktionen in den Palästinensischen Autonomiegebieten doch problemlos leisten.“

Der Krieg gegen den Terror hat einen konkreten Preis. Mit einer Milliarde Dollar schlug beispielsweise allein die Operation [„Defensive Shield“](#) zusätzlich zu den üblichen Ausgaben für die Streitkräfte zu Buche. Nicht mit eingerechnet sind bei solchen Zahlen die Ausfälle an nicht bezahlten Steuern durch die vielen Tausend zum Reservedienst einberufenen Bürger des Staates Israel sowie deren dadurch bedingte persönliche finanzielle Opfer. All dieses Geld fehlt anschliessend an anderer Stelle, so dass langfristige Haushaltsplanungen schnell zur Makulatur werden und in anderen Ressorts der Rotstift angesetzt werden muss. Die Folgen einer solchen Sparpolitik machen sich noch über viele Jahre hinweg bemerkbar, weil weniger Ausgaben für Bildung und Infrastruktur langfristig dem Wirtschaftsstandort Israel und seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit schadet. Darunter leiden nicht nur die jüdische Bevölkerung in Israel, sondern ebenfalls die arabischen Israelis, weil den arabischen Kommunen genauso das Geld zur Verbesserung der Lebensqualität fehlt. Aber auch der Preis des Terrors selbst lässt sich in Dollarbeträgen ausdrücken: Nur rund 300 Dollar kostet es im Schnitt, einen potentiellen „Märtyrer“ mit Sprengstoffgürtel, Nägeln und ähnlichen Tod bringen Materialien auszurüsten, damit er sich in einem Einkaufszentrum in die Luft jagt.

Links

http://www.btl.gov.il/English/eng_index.asp	National Insurance Institute
http://www.cbs.gov.il	Israeli Central Bureau of Statistics
http://www.dbresearch.com	Deutsche Bank Research
http://www.mof.gov.il	Israelisches Finanzministerium
http://www.pecdar.org	Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction
http://web.worldbank.org	Weltbank